Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld, usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Bell jr., Halver i. Westf. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse Anzeiger Halver.

Nr. 269 | Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich am Postschalter abgeholt 4,50 M durch die Boten 5,40, durch den Briefträger frei ins Haus gebracht 5,40 Mark | **Halver** Montag, den 17 November. | Anzeigen: Für die einspaltige Petitzeile o. d. Raum 30 Pfg., auswärts 35 Pfg., Reklamezeile 1,25 Mk., Teurungszuschlag 20 Proz. bei Aufnahme in unseren sämtl. Lokalausgaben. Jede Rabattbewilligung wird hinfällig bei zwangsweiser Beitreibung der Gebühren. | 20. Jahrgang

Dr. Helfferichs Vernehmung im Untersuchungsausschuß.

(Zehnter Tag.) Berlin, 12. Nov.

Nach Eröffnung der Sitzung fragt der Vorsitzende Abg. Warmuth zunächst Herrn v. Bethmann Hollweg, wann und von wem er über die Unmöglichkeit, den unbeschränkten U-Boot-Krieg mit seiner Verkündung wieder aufzuhalten, unterrichtet worden sei. Bethmann antwortet: Schon vor dem 29. Januar hat Holtzendorff mir, Helfferich und Zimmermann wiederholt bestimmt erklärt, der U-Boot-Krieg könne jetzt nicht mehr rückgängig gemacht werden, da die U-Boote nicht mehr zurückgerufen werden könnten. Holtzendorff hat diese Erklärung am 29. Januar mir und Zimmermann kategorisch wiederholt, als wir mit Rücksicht auf das Telegramm Bernstorffs den Aufschub des U-Boot-Krieges forderten. Konteradmiral v. Bülow sagt: Eine Frist für die Rückberufung der U-Boote war überhaupt nicht vorhanden. Es konnte am 28. oder 29. Januar das Unglück eintreten, daß ein Amerikaner Schaden nahm. Gegenbefehl war technisch unmöglich. Auf wiederholten Hinweis des Professors Bonn erklärt Graf Bernstorff: Wenn wir der amerikanischen Regierung erklärt hätten, daß ein amerikanischer Bürger verunglücken könnte, weil nicht alle U-Boote benachrichtigt werden konnten, so wäre trotzdem

die Friedensvermittlung nicht gestört worden.

Der ehemalige Reichskanzler verhielt sich Anregungen des Vorsitzenden und des Abg. Sinzheimer auf die polnischen Fragen und den schlechten Eindruck der Proklamation Polens zum Königreich gegenüber ablehnend. Er weigert sich, auf diese Angelegenheit jetzt einzugehen. Vorsitzender Warmuth erklärt, daß Herr von Jagow geladen werden solle, und daß die Ostprobleme dann vielleicht in zwei Wochen verhandelt werden könnten. — Nunmehr gibt der Ausschuß zur Vernehmung des früheren Staatssekretärs Dr. Helfferich über. Vorsitzender und Berichterstatter verlesen Aktenstücke und Teile einer Rede Helfferichs im Hauptausschuß des Reichstages vom 31. Januar 1917, worin Helfferich den Standpunkt vertreten hat, daß jetzt der geeignetste Moment zu Beginn des unbeschränkten U-Boot-Krieges gekommen sei.

Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich

gibt zunächst nachstehende Erklärung zu Protokoll: Hinter diesem Ausschuß steht der Staatsgerichtshof, es ist damit zu rechnen, daß über gewisse Persönlichkeiten auf Grund der hier unter dem Eide gemachten Aussagen später ein Verfahren anhängig gemacht wird, und zwar wird es sich lediglich um Mitglieder der früheren kaiserlichen Regierung handeln. Diese müssen also später als Beschuldigte erscheinen auf Grund eines Ermittlungsverfahrens, in dem sie jetzt gegen sich selbst unter Eid vernommen werden. Trotzdem habe ich den Eid geleistet und es um so leichter tun können, als ich nach meiner Überzeugung nicht in die Lage kommen werde, irgend etwas Belastendes zu bekunden. — Sowohl vom Vorsitzenden wie von mehreren Beisitzern wird Dr. Helfferich aufmerksam gemacht, daß seine Befürchtungen unbegründet sind, daß der Staatsgerichtshof noch vollkommen in der Luft schwebe und daß keinerlei bestimmte Tendenzen bis jetzt die Erklärungen des Zeugen rechtfertigen. Außerdem könne er Auskünfte über Dinge, die ihn selbst belasten könnten, verweigern.

Dr. Helfferich beginnt mit seiner Aussage, indem er auf die einleitend verlesenen Akten zurückkommt. Er fährt fort: Niemals haben mich andere als vaterländische Gesichtspunkte bei meiner Stellungnahme geleitet, wenn gesagt wird, ich habe am 31. Januar 1917 mich anders gestellt als am 9. November 1918. Der Vorsitzende hat die Fragen geteilt in 1. die Wirkung des U-Boot-Krieges auf unsere Feinde, namentlich England, und 2. die Wirkung des U-Boot-Krieges auf das Verhältnis zu den Neutralen, besonders den Vereinigten Staaten.

Die Frage des unbeschränkten U-Boot-Krieges dürfte keine Prinzipienfrage sein,

sondern sie war die Frage der militärischen und politischen Kriegführung, sie war keine Frage irgend eines dogmatischen Glaubens, sondern des zweckmäßigen Handelns. Wir mußten uns der Situation anpassen. Jeder einzelne mußte mit Berücksichtigung des Ganges der politischen Ereignisse die wirtschaftlichen Verhältnisse zu Hause und draußen und die technische Ausgestaltung der U-Boot-Waffe berücksichtigen und seine Stellungnahme daraufhin gewissenhaft prüfen.

Diese ungeheure Verantwortung, gleich schwer für die Unterlassung wie für das Tun, war kein Vabanquespiel.

Ein solches gab es für niemand, jeder war sich der schweren Verantwortung voll bewußt und trat für das ein, was er vor Gott und seinem Gewissen als Rettung des Vaterlandes ansah. Wer heute von einem Vabanquespiel spricht, hat keine Ahnung von der Pflichttreue, mit der all diese großen Entscheidungen getroffen worden sind.

Wilson führte das Völkerrecht auf den Lippen, ordnete aber alles dem Handelsinteresse unter.

Das ist der Wilson, mit dem wir zu tun hatten. Wir waren der Entente gegenüber immer die Schlechtergestellten, unser Seeverkehr mit Waren wie mit Personen war unterbunden und die kommerziellen Beziehungen Amerikas entwickelten sich vollkommen einseitig. Dr. Helfferich schildert, was von deutscher Seite geschehen sei, um für seine Sache in Amerika zu werben, aber die Haltung Amerikas sei unfreundlich geblieben. Der Zeuge führt dafür eine Reihe von Ereignissen an.

Man hat rühmend darauf hingewiesen, daß wir es nicht nötig gehabt hätten, in Amerika zu pumpen. Wir hätten gern Geld genommen, wenn Amerika Anleihen von uns aufgenommen haben würde. Die amerikanische Regierung tat nichts gegen die willkürliche Ausdehnung des Konterbandebegriffes durch England, sie erhob auch keinen Einspruch, als England völkerrechtswidrig die Baumwolle auf die Konterbandeliste setzte. Alles, was sich England herausnahm, wurde stillschweigend ertragen.

Die Munitionslieferungen waren völkerrechtlich vielleicht zweifelhaft. Nicht zweifelhaft waren sie für Wilson, der während des mexikanischen Bürgerkrieges die Munitionsausfuhr verboten hatte, weil sie praktisch nur einer Partei zugutegekommen wäre.

Damals wandte sich Wilson selbst gegen die papierene Neutralität, im Weltkriege aber entschied er sich für die papierene Neutralität, weil sie einseitig der Entente zugute kam. Diese papierene Neutralität hat den Krieg um Jahre verlängert und hat Millionen von Menschen getötet und zu Krüppeln gemacht. Warum tat Wilson das? Oberst House hat es dem Grafen Bernstorff gesagt: **Wilson wollte das Geschäft nicht stören, das darin bestand, aus den Tränen Europas amerikanisches Gold zu münzen.** (Lauter Beifall.)

Vorsitzender Warmuth bittet erneut, alle Äußerungen des Beifalls oder des Mißfallens zu unterdrücken. Abg. Dr. Cohn: Vielleicht wird auch der Zeuge gebeten, darauf zu achten, daß seine Bekundungen in ihrer Tendenz der Wahrheitsermittlung nicht allzu sehr zuwiderlaufen. — Vorsitzender Abg. Warmuth: Jeder Zeuge möge sich so ausdrücken, wie es sein Empfinden ihm eingibt.

Dr. Helfferich spricht weiter von Amerika und bemerkte, das deutsche Volk habe gewußt, welche Verständnislosigkeit, Unaufrichtigkeit und Kaltherzigkeit in Amerika bestanden. So schwer die unneutrale Haltung Amerikas schon auf uns lastete, so war sich die Reichsleitung doch völlig darüber klar, was der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg für uns bedeuten würde. Wir sind stets jeder Schönfärberei entgegengetreten. Wir haben auch gesagt, daß,

wenn der rücksichtslose U-Boot-Krieg ausgespielt ist und nicht gelingen sollte, wir auf Jahrhunderte verloren waren.

Der Reichstag nahm solche Erklärung mit Ungeduld auf. Aber wir warnten weiter, denn es sollte nicht gesagt werden können, daß, wenn die Sache schief ging, die amtlichen Stellen nicht völlig reinen Wein eingeschänkt hätten. Was aber geschah? Am 7. Oktober 1916 erklärte Dr. Spahn im Reichstagsausschuß namens sämtlicher Mitglieder der Zentrumsfaktion, daß für politische Entscheidungen der Reichskanzler dem Reichstage allein verantwortlich wäre, daß aber der Reichskanzler sich bei seinen Entscheidungen über Kriegführung wesentlich auf die Entschließungen der Obersten Heeresleitung zu stützen habe. „Fällt diese Entscheidung zugunsten des rücksichtslosen U-Boot-Krieges aus, so darf der Reichskanzler des Einverständnisses des Reichstages sicher sein.

Damit hatte die stärkste Reichstagsfraktion, die in der U-Boot-Frage das Zünglein an der Wage bildete, das Zentrum, die Entscheidung über den U-Boot-Krieg in die Hände der Obersten Heeresleitung gelegt und den Reichskanzler von der politischen Verantwortlichkeit für diese Entscheidung entlastet.

Bethmann Hollweg hat sich gleichwohl niemals auf den Standpunkt gestellt, daß irgend jemand ihm seine Verantwortlichkeit vor Gott, dem deutschen Volk und dem eigenen Gewissen abnehmen könnte. Wenn aber heute unter den Anklägern in Sachen des U-Boot-Krieges sich Leute befinden, die damals diese Erklärung des Zentrums mitabgegeben haben, so würde ich im Privatleben diese Haltung als

den Gipfelpunkt der Heuchelei

bezeichnen. Ich spreche jedenfalls diesen Leuten das Recht zu einer Anklage gegen die damalige Regierung in jeder Hinsicht ab. Der Redner gibt dann eine Übersicht über die Entwicklung der politischen Verhältnisse in den einzelnen Jahren. Der U-Boot-Handelskrieg erwies sich als ein Fehlschlag. Der Einfluß auf die britische Ein- und Ausfuhr war erstaunlich gering. Die amerikanische Regierung tat nichts, um das Verhalten Englands auf die völkerrechtlichen Normen zurückzuführen.

Amerika spielte das Spiel Englands.

Auf Anfragen beim Grafen Bernstorff erhielten wir niemals eine bestimmte Antwort. Wir mußten uns aber entschließen, denn es bestand die Gefahr, daß der Zeitpunkt verpaßt würde, der aus militärischen Gründen einer Friedensvermittlung günstig war.

Ein Friedensbrief Kaiser Wilhelms.

Nach der erfolgreichen Durchführung des rumänischen Feldzuges dem Kriege ein Halt zu gebieten, lag in der Luft. Am 31. Oktober erstattete der Kanzler dem Kaiser Bericht über die Lage, worauf der Kaiser mit folgendem Brief antwortete:

„Der Vorschlag, Frieden zu schließen, ist eine sittliche Tat, die notwendig ist, um die Welt, auch die Neutralen, von dem auf ihnen lastenden Druck zu befreien. Zu einer solchen Tat gehört ein Herrscher, der ein Gewissen hat, sich Gott verantwortlich fühlt, und ein Herz für die Menschheit besitzt, der unbekümmert um Mißdeutungen seines Schrittes den Willen hat, die Welt von ihrem Leiden zu befreien. Ich habe den Mut dazu, ich will es im Vertrauen vor Gott wagen."

Dieser Brief hat damals tiefsten Eindruck auf mich gemacht und ich frage: gibt es jemand, der an der Ehrlichkeit der Absichten des Kaisers, Frieden zu schließen, zweifelt? Wer will bestreiten, daß wir den Willen zum Frieden hatten? Es wäre unter allen Umständen zum Frieden gekommen, wenn ein Funke dieses ehrlichen Willens bei unseren Feinden und bei den Männern der mächtigsten neutralen Macht vorhanden gewesen wäre. Wir wollten keine Wilsonsche Absicht durchkreuzen. Die Botschaft Wilsons vom 22. Januar an den Kongreß enthielt nach Ansicht des Grafen Bernstorff nicht nur keine Zurückweisung der Kriegsziele der Entente, sondern eine Zensurierung der Friedensziele der Mittelmächte zugunsten der Entente. Das muß ausdrücklich gegenüber dem einleitenden Referat des Abg. Dr. Sinzheimer vom 21. Oktober gesagt werden.

Aus alledem erklärt es sich, daß sich schließlich bei uns das Gefühl durchsetzte, dank dem Gott, der uns vor diesem Friedensvermittler bewahrt hat. Wilson hat auch damals schon den Seeweg für Polen verlangt. Für ein nicht niedergeschlagenes Deutschland waren die Vorschläge unannehmbar. Die Anschauung des Botschafters Grafen Bernstorff läßt sich nur durch seine Abschnürung von der Heimat erklären.

Hinter der Botschaft des Präsidenten Wilson vom 22. Januar 1917 zeigte sich bereits das Gesicht des Wilson von Versailles.

Die Weiterberatung wird abgebrochen. Morgen findet nur eine nichtöffentliche Sitzung statt, Freitag die Fortsetzung der Aussagen Dr. Helfferichs.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ **Die Bischöfe gegen die Reichsverfassung.** Die Bischöfe der Fuldaer Bischofskonferenz haben an die deutsche Reichsregierung eine Rechtsverwahrung gelangen lassen, worin sie zwar anerkennen, daß diese neue Verfassung auf einzelnen Gebieten der Kirche größere Freiheit bringt, aber auf der anderen Seite einen Eingriff in die unveräußerlichen Rechte der Kirche. Solche Bestimmungen seien in Art. 10 Nr. 1, Art. 137, 138, 143 bis 149 enthalten, wo das Reich in Anspruch nimmt, im Wege der Gesetzgebung Grundsätze aufzustellen, für die Rechte und Pflichten der Kirche, für die einseitige Ablösung der Staatsleistungen und für den Unterricht und die Erziehung der Jugend. Endlich dürfe der Eid auf die Verfassung den Katholiken nicht in Gewissenskonflikt mit göttlichen und kirchlichen Gesetzen bringen. Staat und Kirche seien verschiedene, von Gott gewollte, selbständige und gleichberechtigte Gewalten.

+ **Zur Neubesetzung des Kölner Erzbistums.** Gemäß den Bestimmungen des Kirchenrechtes geht mit dem Tode des Erzbischofs die bischöfliche Jurisdiktion in Preußen auf das Domkapitel über. Dieses bestellt für die Verwaltung der verwaisten Diözese innerhalb acht Tagen in geheimer Abstimmung den zu wählenden Bistumsverweser, den Kapitularvikar. Der Gewählte muß die absolute Stimmenmehrheit auf sich vereinigt haben. Mit der Wahl des Kapitularvikars geht die gesamte Diözesanverwaltung bis zur rechtmäßigen Wiederbesetzung des erzbischöflichen Stuhles auf ihn über. Seine Gewalt erlischt erst dann, wenn der neue Bischof seine Ernennungsbulle dem Domkapitel präsentiert. Vom Tage der Erledigung des erzbischöflichen Stuhles an hat das Domkapitel das Recht, den Nachfolger des Bischofs binnen drei Monaten zu wählen.

+ **Vorschußzahlung an Auslandsdeutsche.** Die Reichsregierung hat beschlossen, einen Teil des bewilligten Anleihekredits zur Auszahlung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen an geschädigte Auslandsdeutsche zu verwenden. Die Auszahlungen erfolgen unter Vorbehalt der noch gesetzlich zu regelnden allgemeinen Entschädigung, um der dringendsten Notlage einzelner hart betroffener Volksgenossen abzuhelfen und um dem deutschen Außenhandel eine baldige Wiederaufnahme seiner Tätigkeit zu erleichtern.

Frankreich.

× **Die französische Auslieferungsliste.** Wie die Pariser Blätter melden, verlangt Frankreich die Auslieferung von 600 Deutschen auf Grund des Artikels 228 des Friedensvertrages. Die französische Regierung werde in der vom Fünferrat eingesetzten Kommission, betreffend die Regelung des Gerichtsverfahrens, durch den Unterstaatssekretär für Militärjustiz, Ignaze, vertreten sein.

× **Die deutschen Kinder mögen sterben!** Der Finanzminister Klotz sagte in einer Versammlung, daß erst für die französischen Kinder gesorgt werden müsse, ehe die deutschen an die Reihe kämen. Die Behauptung, daß die deutschen Kinder zu wenig Milch erhielten, könne diese Notwendigkeit nicht aufheben. „Wir können", so sagte er, „unsere Forderungen, die durch die Friedenskonferenz gutgeheißen werden, nicht zurücknehmen. Die Abgabe von 90 000 Kühen ist zum Teil eine Entschädigung für die 140 000 Kühe, die die Deutschen uns weggenommen haben."

Belgien.

× **Zu dem belgisch-holländischen Zwischenfall in Breskens,** wo die von einem belgischen Schiffer gehißte belgische Flagge heruntergerissen und verbrannt worden war, wird weiter gemeldet, daß die belgische Regierung beschlossen hat, von den Niederlanden nicht nur eine Entschädigung für den dem belgischen Schiffe zugefügten Schaden zu verlangen, sondern auch eine feierliche Wiedergutmachung für den der Fahne zugefügten Schimpf zu fordern. Ein belgisches Torpedoboot wird die Schelde hinunterfahren und die Fahne soll von den holländischen Behörden gegrüßt werden.

Amerika.

× **Beendigung des Bergarbeiterstreiks.** Der allgemeine Ausschuß der Bergarbeiter hat nach 17stündiger Beratung beschlossen, in Ausführung der vom Gericht gegebenen Anweisung den Streik der Arbeiter in den Braunkohlenbergwerken für beendet zu erklären.

Preußische Landesversammlung.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 12½ Uhr. In Beantwortung kleiner Anfragen teilt die Regierung mit, daß Staatsbeamte nach wie vor die Genehmigung ihrer vorgesetzten Behörde einholen müssen, wenn sie ein unbesoldetes Gemeindeamt übernehmen wollen, daß aber die Genehmigung nur aus wichtigen Gründen versagt werden dürfe. — Zru Bergung der Kartoffelernte in Ostpreußen sucht die Regierung durch Urlaubserteilung an Schulpflichtige und Soldaten dem Arbeitsmangel abzuhelfen. Gegen die zum Zwecke der Höchstpreisüberschreitung stattfindenden schwindelhaften Verkäufe von Speisekartoffeln als Saatkartoffeln seien Maßnahmen geplant, für die das Reichswirtschaftsministerium die Entscheidung habe. — Die zweite Beratung des Berghaushalts wird fortgesetzt. — Abg. Ludwig (U. S.): Wenn die Reichsregierung für die Bergarbeiter solche Aufwendungen gemacht hätte, wie für die Reichswehr und die Truppen im Baltikum, dann hätte der jetzigen Kohlennot bei Zeiten gesteuert werden können. Die Unternehmer haben alle Verhandlungen mit den Arbeiterführern verweigert und die Lohnbedingungen einfach sistieren wollen. Die Wohnungsmietsverträge sind so abgefaßt, daß der Bergarbeiter der rücksichtslosen Willkür des Unternehmers ausgeliefert ist. Das Zechenkapital fühlt sich sehr wohl. Die Kurse der Aktien haben enorme Höhen erreicht. Die Lebenshaltung der Bergarbeiter hat sich nicht verbessert, sondern wesentlich verschlechtert. Der Gesundheitszustand der Bergarbeiter hat sich gleichwohl gehoben, aber lediglich durch die Verkürzung der Arbeitszeit. Solle der Bergarbeiterstand den erforderlichen Zuzug erhalten, dann müsse für seine Aufbesserung noch viel geschehen. — Abg. Tegeder (D. Vp.):

bahnen, um die Front der Ehrenkompagnie, die das Regiment Reinhard gestellt hatte, abzuschreiten. Längere Zeit hindurch war es ihm jedoch unmöglich, vorwärts zu kommen. Die Menge brachte immer wieder Hochrufe auf Hindenburg und Ludendorff aus. Schließlich gelang es Feldmarschall von Hindenburg, die Front der präsentierenden Ehrenkompagnie abzuschreiten. Er erwartete dann an der Ecke der Hardenbergstraße den Vorbeimarsch der Truppen. Auch nachdem Hindenburg im Kraftwagen Platz genommen hatte, gab die Menge den Weg noch nicht frei. Erst nach längerer Zeit gelang es den Beamten der Sicherheitspolizei, Raum für den Kraftwagen zu schaffen.

Die Ehrenkompagnie für Hindenburg.

Zur Stellung einer Ehrenkompagnie bei dem Empfange Hindenburgs in Berlin heißt es in der halbamtlichen Deutschen Allgemeinen Zeitung: Es mag dem militärischen Empfinden des Obersten Reinhard entsprochen haben, den Feldmarschall bei seiner Ankunft auch mit militärischen Ehren empfangen zu sehen. Sie selbst zu veranlassen, wie er es tat, hatte er nicht die Befugnis. Es lag eine solche Ehrung auch nicht im Sinne Hindenburgs, der schon dadurch, daß er im Zivilanzug eintraf, deutlich zu erkennen gab, daß er nicht auf einen militärischen Empfang rechnete und ihn auch nicht wünschte. Die Pflicht Reinhards wäre es gewesen, vorher die zuständigen Stellen von seiner Absicht in Kenntnis zu setzen; die Erlaubnis wäre dann nicht gegeben worden, vor allem auch deshalb nicht, weil zu erkennen war, daß Hindenburg selbst es gewünscht hatte, seine Ankunft nicht zum Anlaß einer Feier oder einer Kundgebung zu gestalten.

Gegen das Schiebertum im Rheinland.

Der Oberkommandierende der englischen Besatzungsarmee, General Robertson, hat eine Bekanntmachung erlassen, worin es u. a. heißt: Wenn auch die Ein- und Ausfuhr von Waren im besetzten Gebiet weiterhin frei ist, so unterliegen diese Waren und die Personen, die mit ihnen Handel treiben, mit ihrer Ankunft im britisch besetzten Gebiet doch den bestehenden deutschen Gesetzen, die zum Schutz des Handels erlassen sind. Alle Personen, seien es nun Kaufherren, ihre Vertreter oder Agenten, die im englischen Besatzungsgebiet Handel treiben, müssen im Besitz einer Handelserlaubnis sein in allen Fällen, in denen die deutschen Gesetze eine solche verlangen. Die britische Behörde behält sich die endgültige Entscheidung über die Gewährung oder Versagung derartiger Erlaubnisse an alliierte Untertanen vor. Alle Personen im britischen Besatzungsgebiet, die hiernach eine Handelserlaubnis besitzen müssen, sie aber noch nicht erworben haben, sind verpflichtet, bis zum 21. November um eine solche einzukommen.

Die Räumung des Baltikums.

1000 Mann des Detachements Roßbach in Culmsee sind nach dem Baltikum aufgebrochen. Hierzu teilt Reichswehrminister Noske mit: Die Absicht dieser Truppe, nach Rußland zu marschieren, war bekannt. Es wurde keine Truppenmacht zur Verhinderung dieses Planes aufgeboten, einmal um größeres Blutvergießen zu vermeiden, und dann, weil alle Aussicht vorhanden ist, daß das baltische Unternehmen in allernächster Zeit in sich zusammenbrechen wird. — Der Abtransport der Truppen aus dem Baltikum, die sich zur Rückkehr nach Deutschland bereit erklärt haben, ist insofern beendet, als der letzte Zug mit den letzten deutschen Formationen Schaulen verlassen hat. Das Generalkommando des 6. Reservekorps befindet sich schon seit einigen Tagen in Tilsit. Im Baltikum bleibt lediglich eine Abteilung der Militäreisenbahndirektion, die auf Grund der Ententenote das Eisenbahnmaterial dort zu übergeben hat. Zu ihrem Schutz ist auch ein Panzerzug noch dort gelassen.

*

Neue Pläne des russischen Generals Judenitsch.

Nach Meldungen aus dem Hauptquartier Judenitsch wurde eine allgemeine Konzentration der Truppen beschlossen, um neue Operationen ausführen zu können.

Wilson und der Senat.

Da die bisherige Abstimmung im Senat eine Mehrheit für Vorbehalte ergab, so ließ Wilson den Senat durch Hitchcock wissen, er werde Vorbehalte annehmen, jedoch nur solche, die den Sinn des Vertrages unverändert lassen. Sollte sich der Senat nicht danach richten, so werde er den Friedensvertrag einfach vom Senat zurückziehen und die Friedensfrage offen lassen, dann müßten die Republikaner das Odium des Scheiterns tragen. Im allgemeinen geht die Ansicht dahin, daß beide Seiten bluffen und schließlich ein Vergleich zustande kommen wird.

Im Anschluß an die gestrige Sitzung der Friedenskonferenz in Paris teilt der Temps mit, daß vorläufig an eine Ratifikation des Friedensvertrages durch Amerika nicht zu denken sei. Die Konferenz habe deshalb die notwendigen Maßnahmen ins Auge gefaßt, auch ohne die Ratifikation durch Amerika den Vorstand des Völkerbundes einzuberufen und die im Friedensvertrage vorgesehenen Kommissionen zu ernennen.

Eine Botschaft Wilsons.

Preßbureau Radio meldet aus Anapolis, daß Präsident Wilson aus Anlaß des Jahrestages der Unterzeichnung des Waffenstillstandes eine Botschaft an das amerikanische Volk gerichtet hat, in der er erklärt, der Krieg habe Gerechtigkeit im Rate der Nationen zu beweisen. Lansing sagte in seiner Botschaft: Wir müssen arbeiten, um das vom Feinde Zerstörte wieder aufzurichten. Bevor der Wiederaufbau nicht vollendet ist, ist unsere Aufgabe nicht erfüllt.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 17. November.

□ **Verminderung der Briefmarkensorten.** Eine Vereinfachung des Postbetriebs wird jetzt mit besonderem Nachdruck angestrebt. Infolge der Neuordnung der Postgebühren werden nicht weniger als zehn Briefmarkensorten abgeschafft. Nicht weiter geführt werden solche zu 2, 2½, 3, 7½, 25, 35, 60 und 80 Pfennig, sowie zu 2 und zu 5 Mark. Es gibt künftig nur noch Freimarken zu 5, 10, 15, 20, 30, 40, 50, 75 Pfennig, zu 1 Mark, 1,25, 1,50, 2,50 und 3 Mark.

—* **Von der Handelskammer.** Kaufmännischen Angestellten muß nach Lage der Verhältnisse von einem Zuzug nach Wien dringend abgeraten werden.

* Die Empfänger von Paketen aus den Vereinigten Staaten von Amerika beschweren sich vielfach bei der Reichs-Postverwaltung darüber, daß ihre Sendungen in beschädigtem Zustande eingehen, unterwegs beraubt werden oder überhaupt nicht eintreffen. Diese Unzuträglichkeiten sind vielfach dadurch begünstigt worden, daß die Verpackung der Pakete für die Länge der Beförderungsstrecke und die lange Beförderungsdauer völlig unzureichend ist. Sie besteht meistens aus ganz leichten Papp- oder Wellkartons, dünnen schlechtgefügten Holzkistchen oder gar nur aus einfachem Packpapier. Sogar schwere Konservendosen gehen in einfacher Papierumhüllung ein. Der schlechte Zustand dieser Pakete ist für den Postbetrieb und das Publikum in gleicher Weise nachteilig, da ein großer Teil der Sendungen während der Beförderung neu verpackt werden muß, und der Umstand, daß infolge beschädigter Verpackung der meistens aus Lebensmitteln bestehende Inhalt sichtbar wird, unredliche Elemente zur Beraubung oder Entwendung der Pakete verleitet. Es wird daher jeder, der Pakete aus Amerika zu erwarten hat, gut tun, die Absender zu bitten, der Verpackung ihrer Sendungen größere Sorgfalt zuzuwenden, da andernfalls der Zweck ihrer Sendungen zum größten Teil verfehlt ist und ihre Ausgaben für Lebensmittel usw. ganz oder zum Teil nutzlos sind.

—* Vom 16. ds. Mts. verkehren auf der Strecke Brügge-Halver-Wipperfürth - Radevormwald Wochentags folgende Personenzüge:

Brügge	ab	522	1219	135	331	620
Halver	„	610	1248	156	403	704
Wipperfürth	an	701	149	—	—	735
Radevormwald	„	655	119	—	434	732
Radevormwald	ab	524	1212	510	733	
Wipperfürth	„	521	1202	—	745	
Halver	„	608	1245	622	820	
Halver	„			530		
Brügge	an	622	104	550	841	

Strecke Brügge—Hagen, Brügge—Marienheide.

Brügge	ab	542	658	736	118	351	628	857
Hagen	an	647	746	833	209	450	723	957
Hagen	ab	520	810	112	354	529	748	1010
Brügge	an	631	910	204	451	627	838	1209
Brügge	ab	635	917	233	556	738		
Marienheide	an	729	1015	342	641	850		
Marienheide	ab	635	1034	1221	236	744		
Brügge	an	732	1129	118	346	842		

Strecke Brügge—Lüdenscheid.

Brügge	ab	548	636	743	1212	207	352	517	641	850	1218	
Lüdenscheid	an	606	655	803	1282	227	410	537	659	908	1281	
Lüdenscheid	ab	522	613	720	1102	1152	1258	318	444	611	711	828
Brügge	an	536	627	733	1114	1205	110	325	456	623	722	835

Auf der Kleinbahnstrecke Halver—Schalksmühle verkehren zwei Zugpaare (Morgens und Abends.) Sonntagsverkehr bleibt beschränkt.

* **Kreis Altenaer Schmalspur-Eisenbahn.** Die Personenzüge Lüdenscheid ab 8,30 vorm., Altena an 9,30, Altena ab 11,50 vorm., Lüdenscheid an 12,50, Altena ab 8,30 nachm. Lüdenscheid an 9,30, Lüdenscheid ab 10,00 vorm., Altena an 10,58, Werdohl ab 10,05 vorm., Lüdenscheid 11,10, Lüdenscheid ab 11,20 vorm., Werdohl an 12,25 nachm., Werdohl ab 10,30 vorm., Lüdenscheid an 11,37 vorm., Lüdenscheid ab 12,45 nachm., Werdohl an 1,52, Halver ab 12,40 nachm. Schalksmühle an 1,20, Schalksmühle ab 2,05 nachm., Halver an 2,45 können auch nach dem 15. Nov. 1919 bis auf weiteres nicht gefahren werden.

× **Halver,** 17. Nov. **Die Diebstähle nehmen kein Ende.** In der Nacht von Freitag auf Samstag sind aus dem Kontorraum der Firma Dresbach & Co. hierselbst zwei Schreibmaschinen gestohlen worden. Durch Eindrücken einer Fensterscheibe sind die Diebe in das Innere des Kontors gelangt. Der Diebstahl muß zwischen 4 und 5 Uhr morgens ausgeführt sein, um diese Zeit ist bei dem Fabrikgebäude ein Fuhrwerk mit zwei Panje-Pferden beachtet worden. Die Gurten von den Jalousien sind abgeschnitten und vermutlich zum Festbinden der Maschinen auf dem Wagen benutzt worden. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

= **Halver,** 17. Nov. Die Schmalspur-Eisenbahn hat in den letzten Tagen infolge des Schneetreibens und Frostes des öfteren durch Entgleisungen verschiedene Störungen erlitten. Am gestrigen Vormittag entgleiste sie in der Hälver bei der Potthoffschen Besitzung und fuhr die Lokomotive über die Schienen hinweg in den Garten hinein. Die Aufräumungsarbeiten nehmen mindestens 2 Tage in Anspruch, sodaß der Verkehr für diese Zeit auf der Strecke ruht.

+ **Halver,** 17. Nov. Der vom Beamtenverein für gestern nachmittag angesetzte Vortrag des Herrn Direktor Jünger-Lüdenscheid über Bodenreform konnte nicht stattfinden, da der Referent infolge des schlechten Wetters nicht erschienen war.

= **Halver,** 19. Nov. Die gestrige Hauptversammlung des hiesigen Landwehrvereins war infolge der Ungunst der Witterung nur schwach besucht, was bezgl. des wichtigen Beratungsstoffes sehr zu bedauern war. Kamerad Hauptlehrer Schulte eröffnete infolge anfänglicher Abwesenheit der beiden Vorsitzenden, der 1. Vorsitzende Kamerad Wilmsmann, hatte in einem Schreiben sein Amt niederlegt, die Versammlung und erstattete zunächst den Jahresbericht, der für 2 Kriegsjahre mitzuteilen war. Aus demselben ist hervorzuheben: Der Landwehrverein Halver kann auf ein 77jähriges Bestehen zurückblicken und ist der viertälteste Verein der Provinz Westfalen. Das 75jährige Bestehen des Vereins konnte aus Anlaß der Kriegswirren nicht gefeiert werden. In dieser Zeit hat der Verein keine Festlichkeiten abgehalten. Gestorben sind in den letzten beiden Jahren 11 Kameraden, darunter 7 Veteranen und 4 Ehrenmitglieder, außerdem hat der Verein 2 Feldzugsteilnehmern, Werner Enneper-Engstfeld und Paul Unger-Anschlag das Ehrengeleit gegeben und einem russischen Kriegsgefangenen. Einige Mitglieder seien aus dem Verein ausgetreten und 7 Kameraden hätten sich in den Verein aufnehmen lassen, und schloß mit den Worten, daß es dem Verein vergönnt sein möge, noch recht lange Jahre fröhlichen Gedeihens den verflossenen 77 Jahren zufügen zu können. Anschließend leitete der 2. Vorsitzende, W. Bremicker, die Verhandlungen. Hierauf legte der Rechnungsführer Kam. Schulte die Rechnung des Vereins dar, dieselbe balanciert in Einnahme und Ausgabe mit Mk. 3385,26, der jetzige Kassenbestand beträgt inkl. Sparkassenguthaben M. 1172,28. Die Sterbekasse hatte ein Einnahme- und Ausgabesoll von Mk. 2166,31, das Gesamtvermögen dieser Kasse betr. einschl. Kriegsanleihe Mk. 8314,37. Außerdem besitzt der Verein einen Fonds in Höhe von ca. Mk. 1800,—, für Kriegshinterbliebener. Die Rechnung wurde geprüft und für stimmend befunden, worauf dem Kassierer unter Worten des Dankes für korrekte Kassenführung Entlastung erteilt wurde. Der folgende Punkt betraf Vorstandswahl, turnusmäßig schieden aus: Der 1. Vorsitzende, der 1. Fahnenoffizier, der Feldwebel u. der Fahnenträger. Der 1. Fahnenoffizier C. Schneider und der Feldwebel Otto Höngen wurden durch Zuruf wiedergewählt. An Stelle des zurückgetretenen 1. Vorsitzenden wurde Kam. Oberstabsarzt Sanitätsrat Dr. Köhler und an Stelle des verstorbenen Fahnenträgers Val. Boß Kam. Rudolf Gürtzgen gewählt. Anschließend wurden die von der gewählten Kommission abgeänderten Statuten durchberaten und genehmigt. Nunmehr folgte die Beratung über die Feier der Begrüßung der heimgekehrten Kriegsteilnehmer. Ein Antrag der Skrifa (Kriegs-Gefangenenfürsorge) diese gemeinschaftlich zu begehen wurde dahin erledigt, daß sich die Versammlung im Prinzip mit einer gemeinsamen Feier seitens der Gemeinde, des Landwehrvereins und der Skrifa einverstanden erklärt, außerdem sollen innerhalb des Vereins die Kriegsteilnehmer in der nächsten Versammlung begrüßt werden. Zum Schluß wurde beschlossen den Fonds für die Kriegshinterbliebenen möglichst bald zur Verteilung zu bringen.

Lüdenscheid, 15. Nov. Der älteste aktive Arbeiter Lüdenscheids, der 83jährige Karl Eigenbrod, feierte bei der Firma Max Kamper sein 25jähriges Arbeitsjubiläum. Rüstig und pünktlich geht der Jubilar seiner Arbeit nach und ist das Muster eines pflichttreuen Arbeiters.

Boerde, 15. Nov. Die Straßenbahn Gevelsberg-Boerde hat den Betrieb wegen Kohlenmangel einstellen müssen.

Wetter, 15. Nov. Straßensperrung. Aus Gründen der Verkehrssicherheit wird die Wetter-, Wittener-Aktienstraße bis auf weiteres für den durchgehenden Fuhrwerksverkehr gesperrt.

Dortmund, 15. Nov. Ein in der Hohestraße wohnender Maurer verübte in seiner Wohnung Selbstmord, ihm war einige Tage vorher ein Geldbetrag von über 3000 Mark gestohlen worden. Seitdem zeigte der Mann, dem seine ganze, mühsam ersparte Barschaft verloren gegangen war, Anzeichen von Schwermut.

Hamm, 15. Nov. Ueber eine große Mehlschiebung berichtet der „Westf. Anz.": Von den Hamelner Wesermühlen wurden am 1. und 25. Oktober je ein Eisenbahnwagen mit Mehl in das Rheinland abgeschickt. Die beiden Wagen mußten auf dem hiesigen Bahnhof umrangiert werden, um in die nach den Bestimmungsorten fahrenden Güterzüge eingereiht zu werden. Ein auf dem Bahnhof beschäftigter, in der Ausbildung als Zugabfertiger befindlicher junger Mann faßte nun in Gemeinschaft mit einem der hiesigen Polizei als Schieber wohlbekannten Bergmann und einem Friseur den Plan, die beiden Wagen nach Elberfeld zu verschieben. Der Zugabfertiger entfernte zu diesem Zweck die an den Wagen befindlichen, mit dem Bestimmungsort versehenen Originalzettel und vernichtete auch die Originalfrachtbriefe, worauf er sowohl die Wagen mit falschem Zettel versah, als auch gefälschte Frachtbriefe, in denen als Inhalt Umzugsgut angegeben wurde, anfertigte. Die Fälschung wurde so geschickt durchgeführt, daß die Wagen anstandslos nach Elberfeld rollten und dort von einem vorher benachrichtigten Spediteur in Empfang genommen wurden. Der erste Wagen wurde sofort an einen dortigen Konsumverein für 42 000 Mark verkauft. Das Geld wurde unter die drei Beteiligte derart verteilt, daß der Erstgenannte 23 000 Mk. für sich behielt, während seine beiden Genossen 10 000 resp. 9000 Mark erhielten. Mit dem zweiten Wagen hatten sie dagegen kein Glück. Ein Elberfelder Eisenbahnassistent, der zugleich als Bahnkriminalist tätig ist, erhielt Kenntnis von der Schiebung und beschlagnahmte den zweiten Wagen, während auf eine Benachrichtigung von Elberfeld her die hiesige Polizei die Angelegenheit verfolgte und auch die drei Schieber verhaften konnte. In ihrem Besitz wurden bedeutende Geldsummen sowie Sparkassenbücher mit den aus der Schiebung herrührenden Geldern gefunden und beschlagnahmt.

U. S. P. D. Ortsgruppe Halver.

Mittwoch, den 19. ds. Mts., nachmittags 5 Uhr
im „Gasthof zum Löwen"

Große Mitgliederversammlung

und Auszahlung der Streikgelder nur gegen Vorzeigung der Mitgliedsbücher. Schluß der Auszahlung 8 Uhr. Spätere Forderungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Der Vorstand.

Bekanntmachung.

In das Handelsregister A Nr. 650 ist heute die offene Handelsgesellschaft **Volkenrath & Co., Schwenke i. Westf.** eingetragen. Die Gesellschaft hat am 1. November 1919 begonnen. Gesellschafter sind: a) Fabrikant **Walter Volkenrath,** b) Fabrikant **Karl Volkenrath jr.,** beide in **Schwenke i. Westf.,** c) Kaufmann **Max Hager** in **Oberbrügge i. Westf.**

Lüdenscheid, den 11. November 1919.

Das Amtsgericht.

Bekanntmachung.

In das Handelsregister A Nr. 652 ist heute die offene Handesgesellschaft **Hugo Köhler & Co., Halver** eingetragen. Die Gesellschaft hat am 1. Oktober 1919 begonnen. Gesellschafter sind: a) Installateur **Hugo Köhler,** b) Installateur **Wilhelm Wölfer** beide in **Halver.**

Lüdenscheid, den 13. November 1919.

Das Amtsgericht.

Großer, schwarzer kurzh. junger



Hund

mit weiß gespr. Brust und Vorderpfoten, auf den Namen „Tell hörend, abhanden gekommen.

Wiederbringer erhält Belohnung.

Herm. Brüninghaus, Halver.

Rettung?

Fabelhafte Erfolge der Arbeitsorganisation.

Selbst wenn uns das Ausland wieder mit Rohstoffen versorgen sollte, kann die Produktion nach unserer alten Methode kaum genügen, um den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens durchzuführen. Eine erhöhte Produktion, eine größere Arbeitsleistung wird notwendig sein, und in diesem Sinne empfiehlt Edgar Herbst, der Vorsitzende der „Forschungsgesellschaft für wissenschaftliche Betriebsführung" in Wien den Taylorismus als Hilfe in der Wirtschaftsnot.

Das Wesen des Taylorsystems (benannt nach seinem Erfinder, dem Amerikaner Frederic Winclow Taylor, der im Jahre 1916 gestorben ist) besteht im Ersatz des persönlichen Arbeiterurteils durch eine Arbeitswissenschaft. Das Arbeiten aus dem Handgelenk, wie es Taylor nennt, muß durch methodisch erforschte, wissenschaftlich begründete Arbeitsmethoden ersetzt werden, und zwar bei allen Arbeiten: durch die systematische Auslese und Ausbildung der Arbeiter, indem man jede einzelne Person auf ihre Verwendbarkeit für die einzelne Arbeit hin studiert und sie theoretisch und praktisch schult, durch die enge Fühlung und Zusammenarbeit der Leitung mit den Arbeitern, so daß sie die Arbeit gemeinschaftlich in Übereinstimmung mit den aufgestellten wissenschaftlichen Gesetzen ausführen.

Man weiß, daß daß Taylorsystem von der Arbeiterschaft als ein Ausbeutungssystem bezeichnet wurde, was sich aber geändert zu haben scheint, da Herbst sowohl Lenin als auch den deutschen Reichskanzler Bauer zitiert, die beide das Taylorsystem für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens empfehlen. In Amerika ist man im übrigen schon weit über das Taylorsystem hinausgekommen, und die staunenswerte Weiterentwicklung knüpft sich an den Namen Henry Ford, der vor zwei Jahren in aller Munde war, als sein Träger eine große Friedensaktion unternahm. Die „Ökonomisierung" der Arbeit ist von Ford so weit getrieben, daß er die Fabrikationszeit eines Benzinmotors von 9 Stunden 54 Minuten auf 3 Stunden 10 Minuten herabdrückte! Auf je 25 Sekunden (!) Arbeitszeit entfällt in den Fordwerken ein fertiges Automobil. Die Gesamterzeugung von Autos pro Jahr stieg von 1780 Wagen, die bis zum 30. September 1904 erzeugt wurden, auf rund 750 000 Stück im Jahre 1917. Schon im Jahre 1915 hatte Ford mit einer Jahreserzeugung von 308 000 Autos mehr als die Hälfte der Gesamtweltproduktion der Autoindustrie bestritten. Fords Stammwerk in Detroit, das 1903 mit 311 Angestellten in Betrieb gesetzt wurde, beschäftigte im Jahre 1916 33 111 Menschen, wozu noch etwa ebensoviele in den amerikanischen Zweigfabriken hinzukommen. Wer 60 000 Menschen beschäftigt, tut gut daran, ihre Natur und Eigenart zu studieren. Ford tat es und kam zu dem Schluß: Man könne Menschen ebenso kalkulieren wie Maschinen, man müsse sie nur nicht schlechter behandeln als Maschinen, und der Arbeitgeber sei auch nur als Arbeiter zu behandeln. Kein Arbeiter, auch der kranke nicht, wird, einmal in die Werke aufgenommen, jemals wieder entlassen.

Ford vertritt die sozialökonomische These, daß der Konsument teilhaben soll an der Erzeugungsverbilligung; deshalb verteilte er 1915 mehr als 15 Millionen Dollar nachträglich an die Käufer seiner Erzeugnisse, indem er auf jedes gekaufte Auto 50 Dollar rückvergütete. Er setzte im August 1916 den Preis seiner Autos wesentlich herab, während seine sämtlichen Konkurrenten die Preise erhöhen mußten. 1914 führte Ford für seine Arbeiter das Gewinnbeteiligungssystem ein, das Taylor verworfen hatte, weil eine am Jahresende auszuzahlende Dividende für die Arbeiter nicht Lockkraft genug hätte, um während der 300 Arbeitstage ihre natürliche Bequemlichkeit aufzuheben. Jeder Arbeiter hat bei Ford sein Einfamilienhaus und soll sein Auto bekommen. Und dabei kommt Henry Ford selbst nicht zu kurz: sein Einkommen beziffert sich im Jahre auf 15 Millionen Dollar.

Das sind märchenhafte Triumphe der Arbeitsorganisation, und in der Arbeitsorganisation, im Taylorismus sieht Herbst die einzige Rettung Mitteleuropas.

Leben und Wissen.

= **Wiedereinführung des Aderlasses.** Der Aderlaß galt einmal als das wichtigste Heilmittel in der Medizin. Lange Jahre wurde er nicht angewendet, bis ein Landarzt in Schlesien von neuem auf die wichtige Bedeutung dieses Heilmittels aufmerksam machte. Neuerdings tritt Prof. R. Hilgermann sehr warm für die Anwendung des Aderlasses bei der Behandlung von Infektionskrankheiten ein. Die Heilung einer Infektionskrankheit hängt von der Bildung von Gegengiften im Körper ab. Diese Gegengifte machen das Gift der Infektion unschädlich. Ein kräftiger Aderlaß wirkt nun wie ein gewaltiger Reiz auf die blutbildenden Organe und bewirkt die Produktion von neuen Gegengiften. Überdies befreit er den Körper von einer Menge von Giftstoffen. Die Wirkung des Aderlasses wird durch Einspritzung einer Kochsalzlösung unterstützt. Das Verfahren muß früh angewendet werden, ehe die Infektion sich im Körper festgesetzt hat. Auch Rückfälle konnten durch einen neuen Aderlaß sofort behoben werden. So gibt es nichts Neues unter der Sonne und auch nicht in der Medizin. Bald wird die Zeit wieder kommen, wo Vollblütige sich jeden Monat aus Vorsicht zur Ader lassen werden. Erst müssen wir allerdings besser ernährt werden. Vorläufig haben wir viel zu wenig Blut, und die neue alte Methode wird nur für Ausnahmefälle beschränkt bleiben.

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Mark.

Bei der nachstehenden Tabelle bedeutet Brief = angeboten und Geld = gesucht. Die Valuta steht jetzt für je 100 Gulden (G), 100 Kronen (Kr.) bezw. 100 Frank (Fr.):

Börsenplätze	12. 11. Geld	12. 11. Brief	11. 11. Geld	11. 11. Brief	10. 11. Geld	10. 11. Brief
Amsterdam G	1369	1371	1346½	1348½	1344	1346
Kopenhagen Kr.	774¼	775¾	759¼	760¾	756¾	758¼
Stockholm Kr.	849¼	850¾	881¾	883¼	829¼	830¾
Christiania Kr.	819¼	820¾	806¾	808¼	803¼	804¾
Bern Fr.	662	668	645¼	646½	639½	640¼

Im Frieden kostet im Durchschnitt 100 holländische Gulden 170 Mark, 100 dänische, schwedische bezw. norwegische Kronen 112 Mark und 100 Frank rund 80 Mark von kleinen Kursschwankungen natürlich abgesehen.

* **Noch weniger Hausbrandkohlen.** Nach einer unter dem Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Besprechung hat der Reichskohlenkommissar angeordnet, daß die Lieferungen von Eisenbahndienstkohlen bedeutend verstärkt werden, so daß aus dem schlesischen und rheinisch-westfälischen Revier zusammen 50 000 Tonnen täglich für die preußischen Bahnen verladen werden sollen. Die Befugnis der Eisenbahn, sich die nötigen Mengen bei den Zechen aus sonstigen verfügbaren Sendungen wegzunehmen, wurde erweitert. Diese Maßnahmen sind infolge des beträchtlichen Rückgangs der Eisenbahndienstkohlenversorgung nötig geworden. Sie haben zur Folge, daß Industrie und Hausbrand keine für Lokomotivfeuerung geeigneten Kohlen mehr erhalten können, was insbesondere für den Hausbrand, der zum großen Teil auf dieselben Steinkohlensorten wie die Eisenbahn angewiesen ist, schwere Einbuße zur Folge hat.

* **Deutschland die stärkste Handelsmacht?** Nach Meldungen aus Newyork erklärte auf der Jahresversammlung der Vereinigung amerikanischer Ausfuhrfabrikanten der Chef der Untersuchungsabteilung der Nahrungmittelbehörde Dr. Taylor, wenn die Alliierten darauf bestehen, daß Deutschland die höchstmögliche Kriegsentschädigung leisten solle, werden sie gleichzeitig Deutschland zu einer der stärksten, vielleicht sogar der stärksten Handelsmacht der Welt machen. Gerade damit begründete der Redner seine Forderung, dem augenblicklich zahlungsunfähigen Deutschland Rohstoffe zu liefern, da sonst an Zahlung überhaupt nicht zu denken sei.

Auskunftei.

Devalvation. Lügnerischerweise war verbreitet worden, daß die Reichsregierung sich mit dem Gedanken trage, in den schleswigschen Abstimmungszonen eine „Devalvation" unserer Mark eintreten zu lassen. Man versteht unter Devalvation die Herabsetzung des Nennwertes einer Geldsorte durch die Staatsgewalt (im Kurs gesunkenes Papiergeld, verschlechterte Münzen usw.). Die Devalvation wurde früher oft bei Scheidemünzen zum Nachteil der Besitzer vorgenommen.

Prämienanleihen, auch Lotterieanleihen genannt, sind öffentliche Anleihen, deren Eigentümlichkeit darin besteht, daß feste jährliche Zinsen entweder gar nicht, oder doch nur zum Teil gezahlt werden; die Zinsen werden vielmehr ganz oder teilweise zum Gegenstand einer nach einem festgesetzten Ziehungsplan vorgenommenen Lotterie gemacht. Die auf ein Los (Prämienlos, Prämienschein) kommende Zahlung einschließlich des Gewinnes heißt Prämie. Bei fast allen Prämienanleihen werden die Lose in Serien geteilt; vor der Nummernziehung finden eine oder mehrere Serienziehungen statt. In Deutschland sind die Prämienanleihen in den letzten Jahrzehnten als Staatsanleihen nur selten benutzt worden.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Die Wohnungsbeschlagnahme in Bremen durch Richterspruch für ungültig erklärt.** Das bremische Landgericht entschied in einer Klagesache gegen den Senat, indem es die Verordnung über die Wohnungsbeschlagnahme als rechtswidrig bezeichnete. Die Regierung hat einen Beschluß darüber, ob gegen das Urteil Berufung eingelegt werden soll, noch nicht gefaßt. Sie hat das Urteil, weil es die vom Reichsarbeitsminister genehmigte Verordnung aufgehoben hat, diesem unterbreitet mit der Anfrage, ob er Wert darauf legt, daß Berufung eingelegt wird; ein Entscheid steht noch aus. Die bremische Regierung ist ferner in Beratungen darüber eingetreten, in welcher Form die durch die gerichtliche Ungültigkeitserklärung der Beschlagnahmeverordnung entstehende Lücke gesetzgeberisch auszufüllen ist.

Schriftleitung Wilh. Bell jr., Halver in Westf.

Bekanntmachung.

Einschränkung des Verbrauchs elektrischer Arbeit.

Auf Grund der Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung (Abteilung Elektrizität) vom 9. September 1919 wird unter Hinweis auf die Strafbestimmungen § 11 obiger Bekanntmachung Nachstehendes angeordnet:

1. Wegen anhaltendem Kohlenmangel muß der Verbrauch elektrischer Arbeit auf das Notwendigste eingeschränkt werden.
2. Die elektrische Beleuchtung in Ladengeschäften und Warenhäusern, Kaffeehäusern, Gasthäusern und Hotels, Konzertsälen, Kinos und Theater, sowie Versammlungsräumen usw. ist bis höchstens ⅓ der jetzigen Beleuchtungsstärke herabzusetzen.
3. Die elektrische Beleuchtung von Schaufenstern, ferner jede Art von Reklame- und Luxusbeleuchtung ist verboten.

Diese Anordnung tritt mit dem heutigen Tage in Kraft, sie gilt für das ganze Versorgungsgebiet des Elektrizitätswerks Mark.

Hagen, den 15. November 1919.

Der Vertrauensmann des Reichskommissars für die Kohlenversorgung
Abteilung Elektrizität.
F. Overmann.

Wasserwerk Halver und Schalksmühle.

Das Frostwetter macht es dringend erforderlich, zum Schutze der Hausleitungen und Wassermesser die Fenster und Türen, namentlich an den Kellern, zu schließen, auch die nicht frostfrei liegenden Wasserleitungsröhre des Abends zu entlehren.

Halver, den 6. November 1919.

Der Amtmann.

Schulbadeanstalt Schalksmühle.

Die Badeanstalt ist bis auf Weiteres an jedem **Freitag und Samstag nachmittag von 2½—7 Uhr für Wannenbäder und von 5—8 Uhr für Brausebäder** geöffnet.

Die Verwaltung.

Mit Zelloid
geklebte Schuhe
sind die besten.
Solche sind elastisch, wasserdicht, halten schöne Formen, kein Losgehen der Sohlen; die Schuhe können dabei auf Wunsch noch genäht oder genäht werden. Alte Schuhe, deren Böden schlecht sind, sowie Vorschuh und neue Schuhe werden von mir auf der Homogen-Klebmaschine angefertigt.
Für jede Arbeit wird vollständige Garantie geleistet. 1931
Wilh. Brocksieper,
Mechanische Schuhmacherei m. Kraftbetrieb
Brügge i. Westf.

Verordnung

des Reichswirtschaftsministeriums über das Verbot des Brennens von Hafer, Buchweizen, Hirse und Hülsenfrüchten vom 26. September 1919. (Deutscher Reichsanz. Nr. 223.)

Auf Grund der Verordnung über Kriegsmaßnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 (Reichsgesetzblatt S. 401) bezw. 18. August 1917 (R. G. Bl. S. 823) wird verordnet:

§ 1

Die Verarbeitung von Hafer, Buchweizen, Hirse und Hülsenfrüchten (Erbsen einschl. Peluschken, Bohnen einschl. Ackerbohnen und Linsen) auf Branntwein ist verboten. Die Reichsgetreidestelle kann Ausnahmen zulassen.

Wer die Vorschrift im Abs. 1 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe kann auf Einziehung des verbotswidrigen hergestellten Branntweins erkannt werden ohne Unterschied, ob er dem Täter gehört oder nicht.

§ 2

Diese Verordnung tritt mit dem 1. Oktober 1919 in Kraft. Mit dem gleichen Zeitpunkt tritt der § 9 der Verordnung über die Regelung der Preise für Buchweizen und Hirse und deren Verarbeitungen vom 11. November 1915 (R. G. Bl. S. 750) außer Kraft.

Berlin, den 26. September 1919.

Der Reichswirtschaftsminister.

Veröffentlicht.

Altena, den 23. Oktober 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
Thomée, Landrat.

Amt Lüdenscheid.

Die Verkaufsabteilung der Bekleidungsstelle ist in Zukunft **Montags** und **Donnerstags** den ganzen Tag geöffnet.

Lüdenscheid, den 14. November 1919.

Der k. Amtmann: Krumm.

Anzeigen aller Art
Familien-Nachrichten, Stellengesuche und -Angebote, Kauf- u. Verkaufsanzeigen usw.
in auswärtigen Zeitungen
besorgt ohne Preisaufschlag die
Geschäftsstelle des
Allgemeinen Anzeigers, Halver.

Stenotopistin
die auch mit leichten Büroarbeiten vertraut ist, zum sofortigen Eintritt gesucht.
Angebote unter **A. 2230** an die Geschäftsstelle des Allgem. Anz., Halver.

Ein tüchtiger
Bügeleisen-Polierer
per sofort gesucht.
August Berghaus,
Fabrik-Gesch. Oberbrügge.

Kontorlehrling
sofort gesucht.
Angebote an die Geschäftsstelle des Allg. Anz., Halver.

Erfahrener
Beizer
für meine elektrotechnische Fabrik sucht möglichst sofort
Casp. Arn. Winkhaus,
Carthausen i. Westf.

Visitenkarten zu haben bei Wilh. Bell jr.

Neue und gebrauchte
Pianos
Flügel - Harmoniums
sind noch in grosser Auswahl vorrätig. Freie Lieferung auch zu bequemen Bedingungen.
Roth & Junius
Piano- und Flügelfabrik,
Hagen W, Bahnhofstr. 20.
2. Fabrik: Berlin S 42.
Gold. Ausstellungspreise Staatsmedaille. 497

Geld gegen monatliche Rückzahlg. verleiht
R. Calderarow, Hamburg 5.

Sämtliche
Bürsten-Waren
Kleiderbürsten
Hutbürsten
Reisebürsten
Haarbürsten
Nagelbürsten
Wichsbürsten
Waschbürsten
Abseifbürsten
Handfeger
Haarbesen
Straßenbesen
usw. usw.
empfiehlt
Wilh. Bell jr., Halver.